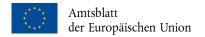
17.10.2024



2024/2554

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 173/2024

vom 5. Juli 2024

zur Änderung von Anhang XIV (Wettbewerb) des EWR-Abkommens [2024/2554]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS -

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden "EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- Die Verordnung (EU) 2023/1066 der Kommission vom 1. Juni 2023 über die Anwendung des Artikels 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung (¹) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.
- Die Verordnung (EU) 2023/1067 der Kommission vom 1. Juni 2023 über die Anwendung des Artikels 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Spezialisierungsvereinbarungen (²) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.
- Die Verordnungen (EU) Nr. 1217/2010 (3) und (EU) Nr. 1218/2010 (4) der Kommission, die in das EWR-Abkommen (3) aufgenommen wurden, sind außer Kraft getreten und sind daher aus dem Abkommen zu streichen.
- Anhang XIV des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden (4)

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang XIV des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

- Der Text von Nummer 6 (Verordnung (EU) Nr. 1218/2010 der Kommission) erhält folgende Fassung:
 - "32023 R 1067: Verordnung (EU) 2023/1067 der Kommission vom 1. Juni 2023 über die Anwendung des Artikels 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Spezialisierungsvereinbarungen (ABl. L 143 vom 2.6.2023, S. 20)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- In Artikel 6 Absätze 1 und 2 werden nach den Wörtern ,nach Artikel 29 Absätz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003' die Wörter ,oder nach Teil II Kapitel II Artikel 29 Absatz 1 des Protokolls 4 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs' eingefügt.
- In Artikel 7 werden nach den Wörtern "Artikel 29 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003' die Wörter "oder nach Teil II Kapitel II Artikel 29 Absatz 2 des Protokolls 4 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs' eingefügt."
- Der Text von Nummer 7 (Verordnung (EU) Nr. 1217/2010 der Kommission) erhält folgende Fassung: 2.
 - "32023 R 1066: Verordnung (EU) 2023/1066 der Kommission vom 1. Juni 2023 über die Anwendung des Artikels 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Spezialisierungsvereinbarungen (ABl. L 143 vom 2.6.2023, S. 9)

⁽¹⁾ ABl. L 143 vom 2.6.2023, S. 9.

⁽²⁾ ABl. L 143 vom 2.6.2023, S. 20.

ABl. L 335 vom 18.12.2010, S. 36.

⁽⁴⁾ ABl. L 335 vom 18.12.2010, S. 43.

DE ABl. L vom 17.10.2024

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 10 Absätze 1 und 2 werden nach den Wörtern "nach Artikel 29 Absätz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003" die Wörter "oder nach Teil II Kapitel II Artikel 29 Absätz 1 des Protokolls 4 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs" eingefügt.

b) In Artikel 11 werden nach den Wörtern 'Artikel 29 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003' die Wörter 'oder nach Teil II Kapitel II Artikel 29 Absatz 2 des Protokolls 4 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs' eingefügt."

Artikel 2

Der Wortlaut der Verordnungen (EU) 2023/1066 und (EU) 2023/1067 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des Amtsblattes der Europäischen Union veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 6. Juli 2024 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen. (*)

Er gilt ab dem 1. Juli 2023.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des Amtsblattes der Europäischen Union veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 5. Juli 2024.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss Der Präsident Anders H. Eide

^(*) Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.